



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 02

20. Januar 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Staatsanzeiger: Interview mit dem Innenminister zur Polizeireform**
- 02 Gall: Löwendivision in Sigmaringen lassen**
- 03 Bürgermeister: Die öffentliche Ordnung ist in Gefahr**
- 04 Nach Kurdenkrawallen - Polizei will Gummigeschosse**
- 05 Schmid will Pakt mit den Beamten – aber zu welchem Preis?**
- 06 Stuttgart-21-Gegner vor Gericht - Verfahren wird eingestellt**
- 07 DPoIG-Kurzmeldungen**
- 08 Schlusspurt für DPoIG-Mitgliederwerbeaktion**

01 Staatsanzeiger: Interview mit dem Innenminister zur Polizeireform

Quelle: Staatsanzeiger Nr. 02/2013 vom 18.01.2013

Staatsanzeiger · Freitag, 18. Januar 2013 · Nr. 2

Hintergrund

Interview: Polizeireform

„Wir müssen die Polizei so umbauen, dass wir Kapazitäten gewinnen“

Mit der Polizeistrukturereform will Innenminister Reinhold Gall (SPD) sowohl Kräfte für mehr Präsenz vor Ort frei bekommen als auch Spielraum für neue Herausforderungen wie die zunehmende Cyberkriminalität gewinnen. Die Reform stößt allerdings nicht überall auf Zustimmung. Kritiker sprechen von mangelnder Transparenz, der Zerschlagung bewährter Strukturen oder befürchten für viele Jahre Provisorien für die Polizei. Im Interview nimmt Innenminister Gall dazu Stellung, erklärt, warum er die Reform, die auf 15 Jahre gerechnet 123 Millionen Euro kosten soll, für eine sinnvolle Investition in die Sicherheit hält.

Auszugsweise stellen wir nur einige Fragen und Antworten dar:

Kritiker der Polizeireform ist der Landeschef der deutschen Polizeigewerkschaft, Joachim Lautensack. Er hält sie für überdimensioniert. Er spricht auch von Provisorien für die kommenden 15 Jahre für die Beamten. Was antworten Sie ihm?

„Ich habe nicht bestritten, dass das eine sehr große Reform ist. Wenn wir zu Beginn des kommenden Jahres in der neuen Organisation starten, ist das Projekt selbstverständlich noch nicht vollendet. Ich weiß aber auch, dass wir uns eine Baustelle nicht sehr lange leisten können. Denn das Reformvorhaben bindet viel Arbeit in der Polizei, da wir alles

mit eigenen Kräften machen. Wir haben ja keine Unternehmensberater eingesetzt. Und deshalb müssen wir die Polizei bei dem Projekt auch wieder entlasten. Sie hat ja viel Alltagsgeschäft und muss sich ständig neuen Herausforderungen stellen. Aber auch deshalb machen wir ja diese Reform. Die Kritik von Herrn Lautensack teile ich nicht.“

Welche Rückmeldungen bekommen Sie von den anderen Gewerkschaften?

Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt uns, was den Kern der Reform angeht. Selbstverständlich wurden auch von ihrer Seite Forderungen und Kritik an der einen oder anderen Stelle vorgebracht – aber konstruktiv. Auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter hat von Anfang an gesagt, dass diese Reform richtig und notwendig sei.

Können Sie eine Bestandsgarantie für die Polizeiposten und Polizeireviere geben?

Nein, das kann ich nicht. Wenn mir eines Tages jemand aus fachlicher Sicht plausibel erklärt, dass an einer Stelle eine Änderung sinnvoll wäre, würde ich mich dem nicht verschließen. Ziel

der Reform ist jedoch nicht eine Änderung in der Revier- und Postenstruktur. Vielmehr soll die aktuelle Struktur stabilisiert und die Basis personell gestärkt werden.

02 Gall: Löwendivision in Sigmaringen lassen

Quelle: Südwestpresse vom 10.01.13



Landesinnenminister Reinhold Gall verlangt, den Bundeswehrstandort Sigmaringen beizubehalten. Er hält den Umzug der 10. Panzerdivision für zu teuer.

Kommando zurück für den Stab der 10. Panzerdivision? Nach den Plänen der Bundeswehr soll die Einheit von Sigmaringen ins unterfränkische Veitshöchheim verlegt werden.

Doch es regt sich Widerstand, nachdem Einzelheiten des Umzugs bekannt geworden sind. In Veitshöchheim fehlt eine Infrastruktur für die auf 600 Soldaten aufgestockte Stabskompanie der "Löwendivision". Wie CDU-Bundestagsabgeordneter Thomas Bareiß aus Bundeswehrkreisen erfahren hat, kostet der Neubau zwischen 80 und 130 Millionen Euro. Landesinnenminister Reinhold Gall (SPD) hatte sich schon aus sachlichen Gründen gegen die Verlegung ausgesprochen. Gestern sagte er, auch finanziell sei der Abzug nicht sinnvoll.

Bareiß argumentierte, zu den Infrastrukturkosten komme noch einmal ein Betrag im oberen zweistelligen Millionenbereich für die Computervernetzung des Führungsstabs. "Diese Summen werden aus dem laufenden Verteidigungshaushalt nur schwer zu finanzieren sein", schrieb er an Verteidigungsminister Thomas de Maizière. Zumindest sollte die Verlegung aufgeschoben werden, bis Veitshöchheim komplett hergerichtet sei. Laut Bareiß wird auch bei anderen Umstationierungen so verfahren. ...

Anmerkungen der ID-Redaktion:

Sicherlich hat Innenminister Reinhold Gall Gründe, sich gegen die Bundeswehrreform und insbesondere gegen den Abzug der Löwendivision aus Sigmaringen auszusprechen, aber die sind mit Blick auf die eigene Polizeireform irgendwie nicht zu erkennen. Sicherlich hat auch die Bundeswehr eine „Wirtschaftlichkeitsbetrachtung“ ihrer Reform vorgenommen, so wie der Innenminister bei seiner Polizeireform. Auch Gall zieht seine „Legionen“ aus Sigmaringen und aus Oberschwaben ab. Warum stellt Reformier Gall die Reformabsichten anderer eigentlich in Frage? Aus rein parteipolitischen Gründen? Oder hat er Ambitionen auf das Amt des Bundesverteidigungsministers nach der nächsten Bundestagswahl? Wir wissen es nicht! Aber wundern darf man sich dennoch!

03 Bürgermeister: Die öffentliche Ordnung ist in GefahrQuelle: <http://www.badische-zeitung.de/kreis-loerrach/hoffmann-die-oeffentliche-ordnung-ist-in-gefahr--67902043.html>

Die Bürgermeister von Bad Bellingen und Schliengen machen sich in Briefen an das Innenministerium Sorgen um die Sicherheit.

Die Bürger im Dreiländereck scheinen sich zunehmend Sorge um ihre Sicherheit zu machen. Grund sind die

reduzierte Zahl von Polizeibeamten seit der Polizeipostenreform und die jetzige Entscheidung des Innenministeriums, den Freiwilligen Polizeidienst enden zu lassen. Deshalb haben sich Bad Bellingens Bürgermeister Christoph Hoffmann sowie der Bürgermeister der Gemeinde Schliengen, Werner Bundschuh, im Namen der Sprengelgemeinden im Markgräflerland in offenen Briefen an Innenminister Reinhold Gall gewandt.

Die personelle Situation des Polizeipostens Markgräflerland bereite große Sorgen, schreibt Bundschuh. Dort seien zurzeit sechs Beamte beschäftigt, "dies vor dem Hintergrund, dass vor der Polizeipostenreform 2005 auf den drei ehemaligen Polizeipostenstandorten Schliengen, Efringen-Kirchen und Kandern neun Beamte zur Verfügung standen". Die Zahl der Straftaten in den Gemeinden der Rheinschiene habe sich in den vergangenen Jahren nachweislich erhöht... Gerade in älteren Bevölkerungskreisen werde die Frage diskutiert, "wie wir uns selbst noch mehr schützen können".

Als "praxisfremde und nicht ökonomische Entscheidung" beurteilt Bad Bellingens Bürgermeister Christoph Hoffmann, den Plan des Innenministeriums, den Freiwilligen Polizeidienst enden zu lassen. Im Dreiländereck gebe es eine "ungenügende Polizeidichte und einen für die Bevölkerung spürbaren Sicherheitsmangel", schreibt er. "Wir haben zurzeit zwei Streifen nachts (ab 17 Uhr!) für rund 70 000 Einwohner in zwölf Gemeinden und einer Fläche von 228 Quadratkilometern des Polizeireviere Weil". ... Der Freiwillige Polizeidienst im Posten Kandern und in Weil sei daher eine sinnvolle Verstärkung, die vor Ort mehr Streifen ermögliche. "Die Posten Kandern und Weil müssten aus unserer Sicht aufgestockt werden und dürfen keinesfalls weitere freiwillige oder reguläre Posten verlieren." ...

04 Nach Kurdenkrawallen - Polizei will Gummigeschosse

Quelle: Stuttgarter Nachrichten vom 19.01.2013



Junge Kurden werfen Ziegel auf Polizeibeamte und Polizeifahrzeuge

Zunächst hatte alles ganz friedlich begonnen. Fast 50.000 Kurden aus ganz Europa waren auf dem Mannheimer Maimarktgelände zusammengekommen, um ihr jährliches Kulturfestival zu feiern. Dass es sich dabei in Wirklichkeit mehr um eine politische Veranstaltung mit zum Teil agitatorischen Reden denn um ein Kulturfest handelte – darüber sahen Polizei und Behörden großzügig hinweg.

Stein des Anstoßes war eine Fahne der verbotenen Arbeiterpartei PKK, die ein 14-jähriger Junge mit auf das Gelände nehmen wollte. Als er vom Sicherheitsdienst daran gehindert wurde, eskalierte die Situation binnen weniger Minuten. Herbeigerufene Polizisten wurden laut Polizeibericht von 100 bis 200 Kurden tätlich angegriffen. Das anfängliche Scharmützel endete in bürgerkriegsähnlichen Szenen: Steine, Absperrgitter und Feuerwerkskörper flogen, Polizisten wurden mit Eisenstangen geschlagen. Die Bilanz auf Polizeiseite: 73 teils schwer verletzte Beamten. Einer ist aufgrund einer zertrümmerten Kniescheibe bis heute dienstunfähig.

In dem internen Bericht von Landespräsident Wolf Hamann, der unserer Zeitung vorliegt, werden die Ereignisse vom 8. September 2012 genau aufbereitet – in Ansätzen durchaus selbstkritisch. So will man die Erkenntnislage zum Gefährdungspotenzial im Vorfeld künftiger Veranstaltungen dieser Art „optimieren“. Ein indirektes Eingeständnis, dass man die Brisanz der Zusammenkunft unterschätzt hatte. Schließlich hatte es bereits im Vorfeld des Festivals, beim Kurdischen Jugendmarsch, erhebliche Probleme mit den Teilnehmern gegeben.

An der Nase herumgeführt

Auch der häufige Wechsel der Einsatzleitung sei im Nachhinein ein Fehler gewesen, räumt der Bericht ein. So hätten die Mitwirkenden des Jugendmarschs bei jedem Wechsel der Einsatzkräfte versucht, Absprachen infrage zu stellen und die taktische Linie des Einsatzführers jedes Mal aufs Neue auszutesten. Im Klartext: Man wurde an der Nase herumgeführt.

Das war es dann aber auch mit Selbstkritik. Weder der frühzeitige Abzug von einem Teil der insgesamt fast 800 Beamten noch der weitgehende Verzicht auf Schutzkleidung gibt dem Polizeipräsidenten Anlass zum Überdenken der Taktik. Die Entscheidung des Polizeiführers, die Einsatzkräfte kurzzeitig zurückzuziehen, sei das geeignete Mittel gewesen, um noch mehr Gewalt zu verhindern, heißt es. Deeskalation als oberstes Gebot. Dazu zählt auch der bewusste Verzicht auf Wasserwerfer – dies hätte bei den Teilnehmern nur als Provokation gewertet werden können.

Ergebnis: Man will den Einsatz polizeiintern noch einmal gründlich aufarbeiten. Unter anderem soll die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden – mit Facebook- und Twitter-Meldungen schon im Laufe eines Einsatzes. An der grundsätzlich deeskalierenden Einsatztaktik will der oberste Polizeichef des Landes aber festhalten.

Genau das wirft bei vielen in der Polizei grundsätzliche Fragen auf. Eine der wichtigsten: Sind wir noch gut genug ausgerüstet? In den Gewerkschaften sind Schutzausrüstungen beziehungsweise deren Mangel ein Dauerthema. Angesichts der dramatischen Szenen von Mannheim geht der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Joachim Lautensack, noch einen Schritt weiter: „Wir diskutieren derzeit auch den Einsatz von Gummigeschossen und Elektroschockwaffen.“

16 Ermittlungsverfahren gegen kurdische Gewalttäter

Lautensack fordert eine klare juristische Aufarbeitung der Vorkommnisse vom 8. September. „Es darf nicht durchgehen, dass politische Aktivisten auf Polizisten losgehen und damit durchkommen.“ Bisher laufen bei der Staatsanwaltschaft Mannheim 16 Ermittlungsverfahren gegen kurdische Gewalttäter.

Zunächst war auch gegen einen Polizisten ermittelt worden, nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft wurde aber auf eine weitere strafrechtliche Verfolgung ver-

zichtet. „Ich frage mich manchmal schon: Ist hier noch die richtige Gewichtung vorhanden?“, sagt Thomas Blenke, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Er fordert harte Strafen für die kurdischen Krawallmacher. Die Polizisten hätten sich schließlich nur verteidigt – was nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch ihre Pflicht sei.

Für Blenke ist Innenminister Reinhold Gall (SPD) in der Pflicht, seine Beamten künftig nicht mehr ins offene Messer laufen zu lassen. „Er hat eine Fürsorgepflicht, dazu zählen in erster Linie ausreichende Schutzmaßnahmen.“ Der CDU-Mann bringt auch den Wasserwerfer ins Spiel. „Wenn ich mich nicht mehr traue, ihn einzusetzen, kann ich ihn auch aus dem Polizeigesetz streichen.“

05 Schmid will Pakt mit den Beamten – aber zu welchem Preis?

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 05.01.2013

„Alles über 1,5 Prozent belastet den Haushalt“

Interview Der baden-württembergische Finanzminister Nils Schmid (SPD) will den strikten Sparkurs gegenüber den Tarifangestellten und Beamten forcieren.

Baden-Württembergs Finanzminister Nils Schmid dämpft die Hoffnung auf deutliche Einkommenssteigerungen in der Tarifrunde der Länder. 'Wir werden uns bemühen, den Lohnzuwachs für Baden-

Württemberg möglichst gering zu halten', sagte der SPD-Politiker im Interview mit der Stuttgarter Zeitung.

Die Landesregierung habe im Haushalt 2013/14 lediglich ein Lohnplus von 1,5 Prozent einkalkuliert. Im Streit mit den Beamten bietet Schmid den Gewerkschaften einen Pakt bis zum Ende der Legislaturperiode 2016 an. Der Umgang mit Besoldungsanhebungen sei beim Sparpaket ausgeklammert worden. 'Diese Frage würden wir gerne im Dialog lösen, statt einseitig Gehaltsdeckelungen, eine Verschiebung der Besoldungsanhebung oder pauschalierte Einmalzahlungen zu beschließen', sagte der Minister.



Das interessante Interview von Matthias Schiermeyer mit dem stellv. Ministerpräsident Nils Schmid kann unter <http://stzlinx.de/interviewschmid> nachgelesen werden.

Anmerkungen der ID-Redaktion:

Was hätten die Beamten davon?
Dann kann es im Gegenzug womöglich Zusagen der Landesregierung geben, was beispielsweise den Erhalt der Wochenarbeitszeit anbelangt.

Irgendwie scheint Wirtschafts- und Finanzminister Schmid mittlerweile absolut die Bodenhaftung verloren zu haben.

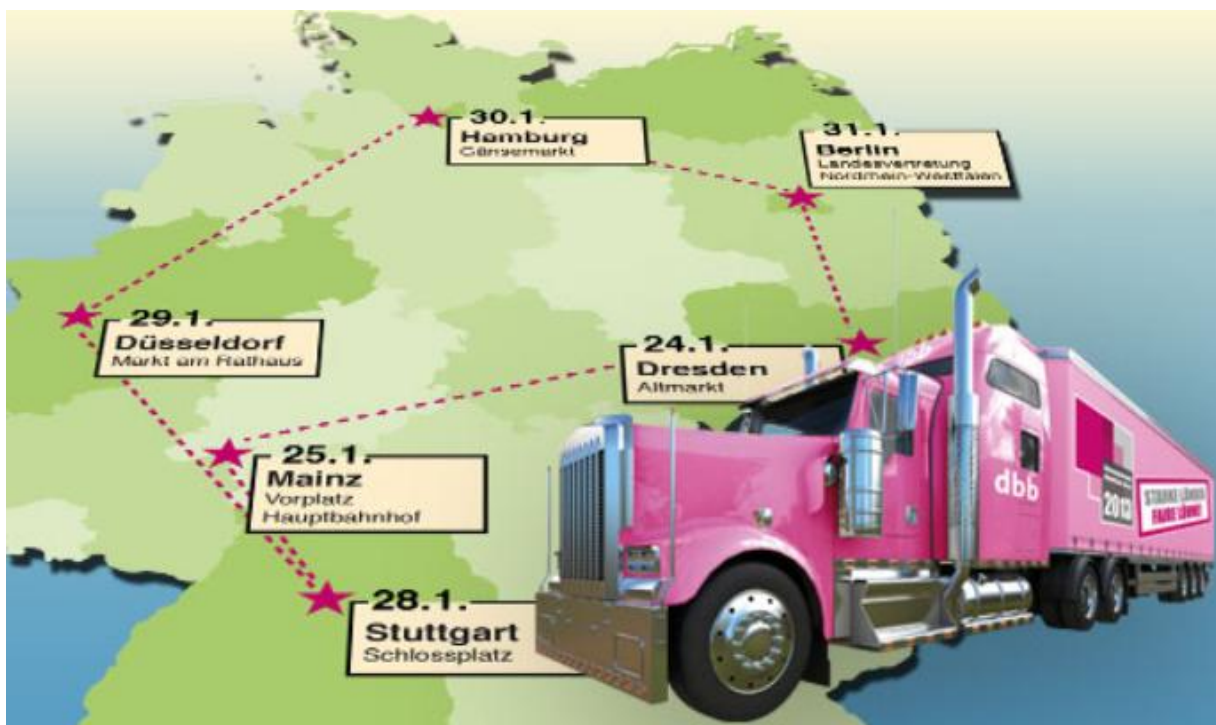
In knapp zwei Jahren grün-roter Regierungszeit hat diese Landesregierung den Be-

amtinnen und Beamten bereits zwei Sparrunden auferlegt und sinniert bereits über die Nächste. Im Gegenzug für eine Nullrunde oder die Deckelung der Besoldungsanpassung auf max. 1,5%, die Schmid vertraglich mit den gewerkschaftlichen Dachverbänden vereinbaren will, „bietet“ er beispielsweise den Erhalt der derzeitigen Wochenarbeitszeit an. Bei allem Verständnis für die Haushaltsprobleme: Aber das ist eine Frechheit, wenn nicht sogar eine Drohung, lieber Herr Schmid.

Ende Januar beginnen die Verhandlungen über die Lohnrunde bei den Ländern. Der BBW und seine Mitgliedsgewerkschaften werden mit verschiedenen Maßnahmen und Aktivitäten diese Tarifverhandlungen begleiten. Wer bei solch feindlichen Ansagen der Landesregierung als Beamtin oder Beamter die Aufrufe der Gewerkschaften nicht unterstützt und sich an Protestaktionen nicht beteiligt, hat keinen Grund sich über irgendetwas zu beschweren. Jetzt oder nie muss dieser Landesregierung die Flagge gezeigt werden!

Einkommensrunde 2013

Der dbb-Truck kommt am 28.01.2013 nach Stuttgart



Am 31. Januar 2013 beginnt in Berlin die Einkommensrunde 2013 mit den Ländern. Unsere Forderungen sind bekannt. Wir fordern 6,5 Prozent mehr Einkommen. Für Arbeitnehmer und Beamte! Unsere weiteren Forderungen finden Sie unter www.dbb.de. Wenn es Ende Januar am Verhandlungstisch losgeht, ist es wichtig, dass die Arbeitgeber von Anfang an wissen: Wir stehen geschlossen hinter den gemeinsam erhobenen Forderungen.

Deshalb wollen wir auf einer Tour mit dem dbb-Truck durch Deutschland über unsere Ziele informieren und diskutieren. Wir wollen auch mit den Bürgern ins Gespräch kommen. Also fährt der dbb-Truck in die Innenstädte und wird am

28. Januar 2013 (12 Uhr) auf dem Stuttgarter Schlossplatz

vorfahren. Unser Thema: Der Öffentliche Dienst, seine Beschäftigten und die Notwendigkeit für einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst auch konkurrenzfähig zu bezahlen. Als Hauptredner ist der BBW-Vorsitzende Volker Stich vorgesehen.

Ohne Euch geht es nicht!

Unsere Forderungen sind gut begründet. Trotzdem gilt: Ohne Euch geht es nicht. Wir müssen von Anfang an Stärke zeigen, wenn wir zur letzten Verhandlungsrunde Anfang März erfolgreich sein wollen. Das heißt: Am 28. Januar 2013 müssen wir auf dem Stuttgarter Schlossplatz ein Zeichen setzen. Das geht nur mit Euch. Das geht nur, wenn Ihr Flagge zeigt!

06 Stuttgart-21-Gegner vor Gericht - Verfahren wird eingestellt

Quelle: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgart-21-gegner-vor-gericht-verfahren-wird-eingestellt.4d9d459a-9bc5-4896-a821-2d73f96bd80b.html>



Das Amtsgericht hat ein Verfahren gegen fünf Stuttgart-21-Gegner eingestellt, die im August 2010 gegen den Abbruch des Nordflügels demonstriert hatten. Die fünf gehörten zu einer Gruppe, die auf das Dach des denkmalgeschützten Bonatz-Baus gestiegen war. Sie hatten Strafbefehle à 30 Tagessätzen wegen Hausfriedensbruchs erhalten. Dagegen legten sie Einspruch ein,

daher kam es nun zu der Verhandlung.

Die fünf widersprachen der Sicht der Staatsanwaltschaft, dass es sich um Hausfriedensbruch handele. Dazu hätte es ja in und an dem Gebäude friedlich zugehen müssen, meinten sie. Stattdessen sei ein Bagger „mit weit aufgerissenem Maul“ auf das denkmalgeschützte Gebäude losgegangen, sagte eine 41-jährige Angeklagte. Dabei hätte der damals noch für das umstrittene Bahnprojekt sprechende SPD-Politiker Wolfgang Drexler versprochen gehabt, der Bau würde Stein und Stein abgetragen werden. Zudem gehe es – damals, als ein Sondereinsatzkommando die Demonstranten vom Dach holte, und nun vor Gericht – „nur vordergründig“ um das Hausrecht. „Eigentlich ging es um Politik“, so die 41 Jahre alte Stuttgarterin.

Beinahe wäre die Einigung zugunsten der Angeklagten am Ende daran gescheitert, dass ihnen ein guter Zweck nicht gut genug erschien. Der Richter und der Staatsanwalt waren bereit, das Verfahren gegen die fünf Stuttgart-21-Gegner einzustellen. Der Richter schlug vor, Geldbußen zu verhängen, die an den Verein Neustart gehen sollen, der straffällig gewordenen Jugendlichen bei der Regulierung von Schäden hilft, die sie angerichtet haben.

Das lehnten die fünf Projektgegner zunächst ab. Sie seien gewaltfrei, da wollten sie nicht, dass mit ihrem Geld Straffällige unterstützt werden. Sie wollten, dass das Geld

an Amnesty International fließt. Der Richter widersprach. Er wollte, dass das Geld in Stuttgart einen guten Zweck erfülle. Außerdem gehe es nicht an Straftäter. Es werde zum Beispiel verwendet, um Opfer zu entschädigen, wenn die straffälligen Jugendlichen das nicht können. Hätten die fünf S-21-Gegner letztlich nicht eingewilligt, hätte der Richter ein Urteil gefällt, anstatt der Einstellung zuzustimmen. Denn die Spende an Neustart gehörte zu seinen Bedingungen.

Anmerkung der ID-Redaktion:

Das ist unglaublich und abenteuerlich, welch absurde Argumentation von Seiten der Projektgegner vorgetragen wird und von Gericht und Staatsanwaltschaft zugelassen wird! Wir sind gespannt ob sich die Stuttgarter Justiz auch gegenüber unseren Kollegen so kulant verhält, gegen die derzeit noch Strafverfahren laufen.

07 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/ravensburg/stadtnachrichten-ravensburg_artikel,-Polizeireform-In-Ravensburg-bleiben-170-Polizisten-_arid,5374905.html

Polizeireform: In Ravensburg bleiben 170 Polizisten

Zahl der Versetzungen soll im „niedrigen zweistelligen Bereich“ liegen

RAVENSBURG. Wegen der Polizeireform müssen aus dem Kreis Ravensburg wahrscheinlich nicht so viele Beamte versetzt werden, wie bislang befürchtet. „Nach vorsichtiger Schätzung rechnen wir derzeit mit einer Zahl zu versetzender Kolleginnen und Kollegen im niedrigen zweistelligen Bereich“, äußerte sich der Projektverantwortliche für die Umsetzung der Reform in Oberschwaben, Ekkehard Falk, auf Anfrage der Schwäbischen Zeitung. In Ravensburg sollen nach der Reform noch mindestens 160 bis 170 Mitarbeiter bleiben, derzeit sind es rund 270. ...

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Finanzielle Spielräume der Landesregierung zur Absenkung der im Doppelhaushalt 2013/2014 geplanten Neuverschuldung

Wieviel Geld - trotz einer geplanten Neuverschuldung von 3,3 Milliarden Euro - in den Töpfen der Landesregierung noch vorhanden ist, ist in der Landtagsanfrage des Abgeordneten Klaus Herrmann (CDU) und der Antwort des Finanzministeriums nachzulesen:http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/2000/15_2758_D.pdf

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

http://www.lkz.de/lokales/stadt-kreis-ludwigsburg_artikel,-Reform-soll-keine-%E2%80%9ESparorgie%E2%80%9C-werden-_arid,110635.html

Reform soll keine „Sparorgie“ werden



„Die Polizei muss vor Ort einen Namen und ein Gesicht haben“, betonte Innenminister Reinhold Gall beim Neujahrsempfang der Polizeigewerkschaft (GdP) in Eberdingen. Und die sagte

ihrem obersten Dienstherren auch eine konstruktiv-kritische Zusammenarbeit zu. Wenn auch nicht bedingungslos.

Sehr viel mehr sagte der Innenminister nicht zur anstehenden Polizeireform. „In vielen Bereichen wird in der gleichen Richtung unterwegs, wenn auch noch nicht immer auf einer Fahrspur“, meinte Gall. Die Reform sei ein fundamentales Mammutprojekt, das ein zukunftsfähiges Fundament für Sicherheit bilden werde. ...

Anmerkungen der ID-Redaktion:

Dass der Innenminister und die GdP in vielen Bereichen in gleicher Richtung unterwegs sind, ist sehr zurückhaltend ausgedrückt, mittlerweile aber auch jeder Polizeibeamtin und jedem Polizeibeamten bekannt. Dass die GdP in Baden-Württemberg allerdings die „Nummer eins“ sei, ist neu und interessant. Im 12. Jahr führt die DPoIG die Mehrheit im Hauptpersonalrat der Polizei und in vier von fünf Bezirkspersonalräten. Aber vielleicht meint die GdP damit auch nur die „Nummer eins“ bei der Landesregierung zu sein. Ja, so könnte es Sinn machen!?

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](http://www.spiegel.de/panorama/suche-nach-klopapierdieb-im-lka-thueringen-a-878212.html)

<http://www.spiegel.de/panorama/suche-nach-klopapierdieb-im-lka-thueringen-a-878212.html>



Suche nach Klopapierdieb: LKA überwachte Mitarbeiter mit verdeckter Kamera

In einer Außenstelle des Thüringer Landeskriminalamtes verschwindet auf unerklärliche Weise Toilettenpapier: Auf der Suche nach dem Dieb wurden die Mitarbeiter mit verdeckter Kamera überwacht. Das war rechtswidrig - und hat nun unangenehme Folgen.

In Thüringen ticken die Uhren anders, so scheint es. Seit Wochen tauchen immer wieder Berichte auf, dass bei internen Ermittlungsverfahren in Reihen der Polizei unverhältnismäßig harte Mittel eingesetzt werden: Beamte aus Mühlhausen und Jena sollen wochenlang überwacht worden sein, weil sie im Verdacht stehen, Dienstautos für private Zwecke verwendet zu haben. Über mehrere Wochen wurden eigene Mitarbeiter überwacht - weil in der Außenstelle Waltersleben im Ilmkreis Toilettenpapier geklaut wurde. ... Nun berichtet MDR Thüringen, dass "die verdeckte Videoüberwachung in Hausflur und Toilettenbereich nicht zulässig" war. Das belegen vertrauliche Dokumente der LKA-Hausjuristen vom 24. März 2011. Demnach wurden die Mitarbeiter des LKA von den eigenen Kollegen tagelang überwacht - ohne richterlichen Beschluss. Sowohl die Staatsanwaltschaft Erfurt als auch die Rechtsabteilung des LKA erfuhren erst von der Überwachung, als sie längst im Gange war. ...

08 **Schlusspurt für DPoIG-Mitgliederwerbeaktion**

DPoIG – Gold wert!
www.dpolg-bw.de

Mitgliederwerbeaktion
1. November 2012 bis 31. Januar 2013



Hier mit dem Handy scannen und mehr erfahren!

- 6 Monate lang nur je 1.- Euro Mitgliedsbeitrag
- 25 Euro Einkaufsgutschein für Werber und Neumitglied
- Verlosung von je vier Goldpreisen (1, 1/2, 1/4 , 1/10 Unze) für Werber und Neumitglieder

Goldpreis je Unze 1.413,20 Euro (Ankauf, Stand: 10.09.2012)

**Die Aktion läuft am 31.01.2013 aus.
Nutzen Sie jetzt noch Ihre Chance
und werden Sie Mitglied!**

Ende DPoIG-ID Nr. 02/2013